

P R E S S E K O N F E R E N Z

am 21. Mai 1986

Internationales Pressezentrum

Rasche Realisierung des Nationalparks Donau-March-Thaya-Auen !

Seit Monaten liegen die Ergebnisse der Ökologiekommision der Bundesregierung vor. Seither warten die ökologischen Fachleute auf konkrete Maßnahmen der Bundesregierung. Die Einrichtung eines Nationalparks fällt in Österreich - obwohl ein "nationales" Anliegen - in die Kompetenz der Bundesländer. Mindestens ebenso wichtig wie der naturschutzrechtliche Rahmen (Nationalparkgesetz) sind jedoch die praktischen Maßnahmen, die die Republik Österreich als größter Grundbesitzer in der Au setzt. Auch ohne Nationalparkgesetze der Länder kann der Bund sofort entscheidende Schritte zur de-facto-Realisierung des Nationalparks setzen.

VORSCHLAG FÜR EINEN STAATSVERTRAG ZWISCHEN DEM BUND UND DEN LÄNDERN
NIEDERÖSTERREICH UND WIEN

Der beste Weg zu einer Realisierung des Nationalparks wäre ein Staatsvertrag nach §15a der Bundesverfassung. Ein solcher Staatsvertrag müßte folgende Punkte enthalten:

I. Die Republik Österreich und die Länder Niederösterreich und Wien kommen überein, gemeinsam eine Nationalparkplanungsgesellschaft einzurichten.

Aufgabe dieser Gesellschaft ist:

- Detailplanung des Nationalparks auf Basis der Empfehlungen der Ökologiekommision
- Einleitung eines breiten qualifizierten Meinungsbildungsprozesses mit der Bevölkerung

- Abstimmung des Nationalparkprojekts mit möglichen Nutzungen wie Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei, Landwirtschaft, Erholung unter Wahrung des Schutzzieles
- Klärung von Entschädigungsfragen und möglichen Grundankäufen bzw. Anpachtungen
- Erstellung eines Organisationsmodells für die Nationalparkverwaltung
- Schaffung von Grundlagen für Nationalpark-Einrichtungen (Besuchertentren, Schulbiologische Zentren, Wanderwege, etc.)

Zur Finanzierung der Planungsgesellschaft und ihrer Aktivitäten wird ein Nationalparkfonds eingerichtet. Über den Nationalparkfonds könnten auch notwendige Sofortmaßnahmen zur Abwendung unmittelbar drohender Beeinträchtigungen des Schutzobjekts während der Planungszeit und allfällige Grundkäufe finanziert werden.

II. Die Republik Österreich verpflichtet sich,

1. im Forstwirtschaftsbezirk Eckartsau der Bundesforste eine nationalparkkonforme Bewirtschaftung einzuleiten;
2. das Biotopschutzprogramm der Wasserstraßendirektion (BM für Bauten und Technik) an der Donau östlich von Wien und an der March und Thaya fortzuführen;
3. land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen im Marchfeld (Bundesbesitz) als Tauschflächen für Nationalparkgründe bereitzustellen;
4. entsprechend den Empfehlungen der Ökologiekommision ein Forschungsprogramm mit dem Schwerpunkt Fließstreckenerhaltung an der Donau einzurichten;
5. kulturhistorisch wertvolle Gebäude im Bundesbesitz für Kultur- und Bildungszwecke der zukünftigen Nationalparkregion bereitzustellen.

III. Die Länder Niederösterreich und Wien verpflichten sich

1. die in ihren Kompetenzbereich fallenden naturschutzrechtlichen Maßnahmen an die Nationalparkidee anzupassen,
2. die Nationalparkidee als Randbedingung für alle Raumordnungsmaßnahmen in dieser Region zu betrachten.

(Dieser Vorschlag wurde vom Arbeitskreis Nationalpark der Ökologiekommision der Bundesregierung erarbeitet und an Bund und Länder übermittelt. Nähere Auskünfte: Mag. Carl Manzano, 314510/416)

Nationalpark "Donau-March-Thaya-Auen"

Wirtschaftliche Belebung und Naturschutz

Der WWF hat in den 25 Jahren seines Bestehens aktiv an der Errichtung von 260 Nationalparks in der ganzen Welt mitgearbeitet und das aus gutem Grund: Vorausgesetzt, eine Nation will die noch vorhandenen Schätze an Naturgebieten, Tier- und Pflanzenarten erhalten - dabei darf nicht vergessen werden, daß wir nur von "Resten" sprechen - dann läßt sich dies langfristig nur durch die Errichtung eines Nationalparks erreichen. In den letzten Jahren hat deshalb die Idee des Nationalparks, die bereits mehr als 100 Jahre alt ist, weltweit an Bedeutung gewonnen.

Bei der Errichtung von Nationalparks wurden vor allem in den letzten 20 Jahren eine Reihe wichtiger Erfahrungen gemacht. Heute weiß man nicht nur, daß der Nationalpark der beste Weg zur Erhaltung der Naturschätze ist, man weiß auch, wie ein Nationalpark im Einklang mit der Bevölkerung errichtet werden kann.

Positive Erfahrungen

Die Errichtung von Nationalparks stößt oft auf den Widerstand von Teilen der ansässigen Bevölkerung. Ausländische Erfahrungen zeigen aber, daß sich diese Widerstände in der Regel nach wenigen Jahren aufgrund positiver Erfahrungen mit dem Nationalpark verlieren.

Denn der Nationalpark ist, und auch diese Tatsache wird erst durch das eigene Erfahren akzeptiert, ein wirksames Mittel, um Naturschutzziele mit einem wirtschaftlichen Aufschwung der gesamten Region zu verbinden.

Wirtschaftlicher Aufschwung

Der innere Bayerische Wald galt lange als "Armenhaus" der BRD, über Jahre hinweg mußte die Besiedelung des unwirtschaftlichen Grenzlandes durch die Grenzlandförderung gestützt werden. Doch durch den Nationalpark "Bayerischer Wald" kam es zu einer bedeutenden wirtschaftlichen Belebung, die der gesamten Region zugute kommt.

In den ersten 10 Jahren flossen 420 Millionen Schilling an staatlichen Investitionen in die Region, parallel dazu kam es zu beträchtlichen privaten Investitionen und in der Folge zu einer beachtlichen Umsatzanhebung: Das wirtschaftswissenschaftliche Gutachten der Universität Passau berechnete eine ökonomische Folgewirkung von 262,5 Millionen Schilling pro Jahr.

Sanfter Tourismus

Im Nationalpark "Donau-March-Thaya-Auen" könnte ein ähnlicher Effekt erzielt werden. Besucherzentren könnten in den Gemeinden angelegt werden, in denen

sie erwünscht sind. Besonders eignen würde sich dafür nach Einschätzung des WWF und der Ökologiekommission der Raum Petronell, Bad Deutsch Altenburg und Hainburg. Die Gemeinden nördlich der Donau hätten dadurch wahrscheinlich mit keinem weiteren Anwachsen der Besucherzahlen zu rechnen.

Fremdenverkehrserhebungen haben auch gezeigt, daß Nationalparks eine besondere Art natursuchender Besucher anziehen und somit eine Tourismus-Nische ausfüllen. Eine Besucherbefragung im Nationalpark "Bayerischer Wald" hat ermittelt, wer, wann und wieso in den Nationalpark kommt: Es sind dies vorwiegend Beamte, Angestellte, Gewerbetreibende mit ihren Familien: 78% der Urlauber und 67% der Tagesgäste kommen mit ihren Familien. Die am häufigsten vertretene Altersgruppe ist 40-70 Jahre.

Naturerlebnis

Die Besucher erwarten sich in erster Linie unberührte Natur, ruhige Wandergebiete und das Erlebnis seltener Pflanzen und Tiere. Nationalparkbesucher wollen auch weder Heimatabende noch Wellenbad und Tennishalle.

Eine gediegene Gastronomie, freundliches Service und gemütliche Unterkünfte reichen dem typischen Nationalpark-Gast vollständig aus. Die oft geäußerte Befürchtung, ein Nationalpark würde sich zu einem "Disneyland" entwickeln, ist sicher unbegründet.

Rasche Realisierung notwendig

Bisher hat die Nationalpark-Idee in Österreich noch nicht Fuß gefaßt, vor allem nicht bei den Politikern. Zu lange hat man vielleicht geglaubt, Österreich sitze auf einem enormen Reichtum an Natur. Für Ostösterreich ist dies aber sicher nicht mehr der Fall.

Tausende Menschen haben sich mit einem für Österreich beispiellosen Einsatz für den Schutz der Auwälder und die Errichtung des Nationalparks engagiert. Der WWF ersucht daher, auch im Namen dieser Österreicher, die zuständigen Politiker in den Ländern Wien und Niederösterreich und die Regierung, die notwendigen Schritte zur baldigen Realisierung des Nationalparks "Donau-March-Thaya-Auen" einzuleiten.

Weitere Auskünfte: Karl Wagner, Tel.: 46 14 63

1986-05-20

Univ. Dozent Dr. Bernd Lötsch
Ökologie-Kommission der Bundesregierung
Leiter des Arbeitskreises Nationalpark,
Wissenschaftlicher Beirat des WWF/Österreich

Am Ende der Geduld

Die im Anschluß an die vielleicht größte innenpolitische Krise der Zweiten Republik, den Hainburg-Konflikt, begonnene siebenmonatige Arbeit mehrerer Dutzend hochqualifizierter Regierungsexperten auf den Gebieten Flußbau, Kraftwerkstechnik, Raumplanung, Geologie, Forstwirtschaft und Ökologie hat mehr erbracht, als alle Beteiligten hoffen durften: das Konsens-Modell "Östlicher Donauraum". Es liegt nun bereits seit einem halben Jahr vor.

"Eine erfolgreiche österreichische Konfliktlösung" sagen die einen, angesichts militanter Radikalisierung ähnlicher Auseinandersetzungen im Ausland.

"Eine halbherzige Hinhaltenaktik, Forschung als nützlicher Idiot" meinen die anderen, angesichts der Unfähigkeit der Regierung, endlich dem Rat der von ihr eingesetzten Experten zu folgen.

Was fürchtet die Regierung, was hat die Ökologie-Kommission erbracht?

1.) Absage an das Kraftwerksprojekt Hainburg, nicht nur aus Sicht des Naturschutzes, sondern auch im Hinblick auf Trinkwasserschutz, die Grundwassersituation in den Restauen und dem Marchwinkel und die Schifffahrt, für die unter der Staumauer Hainburg in der Grenzstrecke beinahe unlösbare Schwierigkeiten entstanden wären.

Diese Erkenntnis ist medienbekannt und wurde von der Öffentlichkeit längst zur Kenntnis genommen.

2.) Die Forderung nach Schaffung eines der eindrucksvollsten Nationalparks Europas zwischen Wien und March, für welche nach gegenwärtigem Wissensstand die Erhaltung einer freien Fließstrecke zwischen Wien und der Marchmündung Voraussetzung ist.

Widerlegt wurde die Behauptung, die Eintiefung der Donau zwänge zum raschen Staustufenbau.

Widerlegt wurde die Behauptung, die Hainburger Au trockne aus.

Widerlegt wurde die Behauptung, der Bau von Hainburg sei ein nennenswerter Beitrag gegen das Waldsterben.

Widerlegt wurde schließlich die Behauptung, die ökologische Absage an das Kraftwerk Hainburg sei das Ende der Donau-Strom-Nutzung (wiewohl dies angesichts des fast 80%igen Ausbau-Grades der Donau vertretbar wäre). Sollten die Projekte Wien und Wolfsthal II die Umwelt-Verträglichkeitsprüfung samt Bürgerbeteiligung passieren, würden diese auf der Strecke östlich von Greifenstein noch mehr Strom gewinnen als ein Großkraftwerk wie Ybbs/Persenbeug oder Melk (selbst wenn man den 44%igen Anteil der CSSR an Wolfsthal II abrechnet).

Wo liegt der Widerstand?

Wo liegt der Widerstand?

Minister Kreuzer bemüht sich in Verhandlungen um das Nationalparkprojekt. Der niederösterreichische Landeshauptmannstellvertreter Dr. Erwin Pröll ist zum Start eines Nationalpark-Planungsprozesses unter Bürgerbeteiligung bereit, allerdings fordert er zunächst die definitive Absage der Bundesregierung und das Projekt Hainburg im Sinne der Ergebnisse der Ökologie-Kommission. Doch eben dazu war sie bisher nicht imstande. Dieses beharrliche Zögern der Regierung arbeitet jenen in die Hände, die den prinzipiell konstruktiven Ökologen von Anfang an vorwarfen, nur Wissenschaftler könnten so naiv sein, sich für die Beratung von Unbelehrbaren herzugeben. Um diese Vertrauenskrise zu meistern, fordern die kritischen Experten der Ökologiekommission, endlich glaubwürdiges Handeln im Sinne des Konsensmodelles:

- 1.) Absage an das Kraftwerk Hainburg
- 2.) Bindende politische Absichtserklärungen des Bundes zur Realisierung des Nationalparks in seinem Einflußbereich.
- 3.) Dieser Beschluß wäre durch überzeugende Taten zu erhärten:
 - a) Einrichtung der Planungsgesellschaft mit Personal und Budget
 - b) Änderung des politischen Auftrages an die Bundesforstverwaltung Eckartsau im Sinne der nationalparkkonformen landschaftsökologischen Waldbewirtschaftung.
 - c) Bereitstellung von Mitteln und Bundesgründen für Ankauf oder Eintausch einzelner privater Flächen, wie etwa der Langen Lüssen, verschiedener Marchbiotope und der Petroneller Au.
 - d) Adaptierung des Schlosses Petronell als Besucherzentrum mit angrenzendem Schlußpark, Altarmen und Inselgebiet als Gehegezone und Erlebnisbereich. Diese Lösung würde eine ideale Kombination von Kultur- und Naturangebot ermöglichen und dem Ruhebedürfnis der besonders schutzwürdigen Nordufer-Auen und der angrenzenden Marchfeldgemeinden entgegenkommen. Vorgespräche zwischen Minister Kreuzer, Vertretern der Ökologiekommission und der Familie Abenperg-Traun sind vielversprechend verlaufen.
 - e) Beginn des Forschungsprojektes "Sohlestabilisierung ohne Stauhaltung".

Der Nationalpark verbaut niemandem die Zukunft. Verfrühte Kraftwerksprojekte hingegen schon - vermehrt um ein Übermaß an politischen Reibungsverlusten.